

**Zeitschrift:** Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO  
**Herausgeber:** Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS  
**Band:** 99 (2002)  
**Heft:** 10

**Artikel:** "Altersfragen nicht sektoriell diskutieren"  
**Autor:** Lüthi, Ruth  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-840358>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 25.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## «Altersfragen nicht sektoriell diskutieren»

### Ruth Lüthi, Staatsrätin Freiburg, zur Berliner Alterskonferenz

An der UNO-Konferenz zum Thema Alter in Berlin konnte keine Kontrollinstanz für die Umsetzung der verabschiedeten Forderungen geschaffen werden. Doch für die Schweizer Delegationsleiterin und Freiburger Staatsrätin Ruth Lüthi ist klar: «Die neue Sozialministerin der Schweiz wird die Alters-Thematik berücksichtigen müssen.» In einem Interview mit der ZeSo kommentiert Ruth Lüthi – sie ist unter anderem auch Präsidentin der Schweizer SozialdirektorInnenkonferenz (SODK) – die Konferenz und einige der Ergebnisse (vgl. dazu Artikel Seite 161–167).

**ZeSo:** Mit welchen Zielen reiste die Schweizer Delegation nach Berlin?

**Ruth Lüthi:** Die Schweiz wollte mithelfen, den im Frühjahr in Madrid verabschiedeten UNO-Aktionsplan zum Thema Alter weiter zu bearbeiten, und wir wollten unsere Anliegen in die Diskussionen einbringen. Bei den Vorarbeiten zur Berliner Ministerkonferenz haben denn auch Fachleute aus dem Bundesamt für Sozialversicherung und aus der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (Deza) mitgewirkt. Dabei – und auch während den Diskussionen vor Ort – war es uns zum Beispiel wichtig, Altersfragen nicht sektoriell sondern in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu diskutieren und darauf zu dringen, dass auch im europäischen Strategieplan unsere Verantwortung gegenüber den demografischen Herausforderungen in den Entwicklungsländern festgehalten wird.

Welches sind für Sie persönlich wichtige Ergebnisse?

Ich habe insbesondere von Impulsen und neuen Informationen profitiert und es geschätzt, einmal drei Tage lang ein einziges Thema unter sehr verschiedenen Perspektiven zu bearbeiten. In

**«Das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den beteiligten Ländern verlangt geradezu nach Koordination und Absprachen in Fragen wie Migration oder Entwicklungshilfe.»**

Berlin nahmen Fachleute teil aus der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Demografen und Statistikerinnen waren da und Vertreterinnen zahlreicher Nicht-Regierungsorganisationen. An einer solchen Konferenz können die TeilnehmerInnen voneinander lernen – wir SchweizerInnen zum Beispiel von den nördlichen Ländern. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den beteiligten Ländern verlangt geradezu nach Koordination und Absprachen in Fragen wie Migration oder Entwicklungshilfe. Zum Beispiel sollte verhindert werden, dass hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus weniger entwickelten Ländern in Industrieländer abgeworben werden.

Der verabschiedete regionale Umsetzungsplan ist für keines der beteiligten Länder verpflichtend, da ein Kontrollgremium fehlt. Wer wird in der Schweiz dafür sorgen, dass die Beschlüsse umgesetzt werden?

Ich verstehe die Enttäuschung der Nichtregierungsorganisationen darüber, dass ihre Forderung nach einem Kontrollgremium nicht durchkam. Es besteht für alle UNO-Länder die moralische Verpflichtung, eine «Gesellschaft für alle Generationen» anzustreben. Es wäre sicher gut, wenn eine Instanz kontrollieren würde, dass PolitikerInnen diesen Grundsatz berücksichtigen und die Postulate des Umsetzungsplanes erfüllen. Die Forderung nach einem solchen Organ ist wohl auch auf Bundesebene chancenlos. Dennoch: Die neue Sozialministerin wird die Alters-Thematik berücksichtigen und darauf dringen müssen, dass die älteren Menschen in der Gesellschaft besser integriert werden und die gleichen Rechte beanspruchen können wie die anderen Generationen. Ein aktuelles Beispiel ist die Debatte um höhere Krankenkassenprämien für Leute über 50: Eine solche Regelung würde den Erklärungen von Madrid und Berlin völlig widersprechen, welche die gleichen Rechte für alle Altersgruppen postulieren.

Impulse zur Umsetzung erwarte ich insbesondere von Nichtregierungsorganisationen wie zum Beispiel die Pro Senectute und die RenterInnenverbände.

*Inwiefern sind die Kantone von der Berliner Konferenz betroffen?*

Auf Kantonsebene sehe ich konkrete Ansatzpunkte, wie die geforderte Integration von älteren Personen aber auch der Frauen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu fördern wären. Da ist einmal die familienergänzende Kinderbetreuung: Es braucht unbedingt mehr durch die öffentliche Hand geförderte und unterstützte Angebote, damit Frauen vermehrt berufstätig sein können. Da-

mit wird die im Berufsleben aktive Bevölkerung gegenüber der noch nicht oder nicht mehr aktiven gestärkt.

Ferner sollten, ebenfalls auf Kantonsebene, Anreize geschaffen werden, um die Solidarität zwischen den Generationen und die soziale Verantwortung zu stärken. In Freiburg zum Beispiel erhalten pflegende Angehörige 25 Franken pro Tag als Anerkennung für ihre geleisteten Dienste.

*Mit der Diskussion rund um die Festlegung des Rentenalters ist auch die Wirtschaft angesprochen . . .*

. . . sie ist tatsächlich eine sehr wichtige Instanz: Sollen die ArbeitnehmerInnen nämlich länger im Arbeitsprozess verbleiben und nicht weiterhin eine Frühpensionierung anstreben, muss sich die Wirtschaft mit entsprechend flexiblen Arbeitszeitmodellen und Förderungsmaßnahmen um diese ArbeitnehmerInnen bemühen. Im Moment scheint es aber noch immer so, als seien ArbeitnehmerInnen ab 55 von der Wirtschaft nicht gefragt.

*Was halten Sie von einer Erhöhung des Pensionsalters?*

Kurzfristig sehe ich darin keine Lösung, solange die Arbeitslosigkeit in Europa derart hoch ist. Eine Erhöhung des Rentenalters würde einzig eine Verlagerung von der AHV zur Arbeitslosen- und Invalidenversicherung bewirken und hätte mit Menschenwürde nichts mehr zu tun. Eine Erhöhung käme für mich nur in Frage, wenn sie differenziert und flexibel anwendbar wäre und wenn die ArbeitnehmerInnen sich für die eine oder andere Variante frei entscheiden könnten. *Interview: Gerlind Martin*